

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einwöchentlich 80 Pf. Vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 3.00. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzesse 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 219.

Dresden, Freitag den 20. September 1912.

23. Jahrg.

## Vom Parteitag.

Chemnitz, 19. September.

Die heutige Sitzung war wiederum voll lebendiger Stimmung und reich an spannenden Momenten.

Zunächst setzte nochmals die Diskussion über das Stichwahlgesetz ein. Pöck-Berlin wandte sich gegen die Forderung und behauptete, der Parteivorstand hätte diese Forderung nicht anzunehmen brauchen. Er meinte auch, daß schließlich so weit gehen werde wie in Bayern, wo man vor der Hauptwahl die Mandate mit den Liberalen teilt habe. Lebhafter Widerspruch, nicht nur von den linken Mitgliedern, machte den Redner aufmerksam, daß dort ganz andere Verhältnisse — nämlich das Wahlsystem mit der Wehrzeit — vorhanden gewesen sind. Auch mußte er sich erleben, daß seine Widersacher aus dem Wahlkreis Lettow-Beskow ausdrücklich sich von seinen Darlegungen losließen, was ihn wiederum zum Vorwurf der Anwesenheit veranlaßte.

Im übrigen fast ausschließlich Redner gegen das Stichwahlgesetz zu Worte gekommen waren, glaubt der Parteivorstand für genügend gefaßt und beschloß den Schluß der Debatte. Scheidemann sagte in kurzem Schlußwort die Gründe für die Taktik, die bei den Reichstagsstichwahlen abgelehnt worden ist, nochmals zusammen: Keiner, der die Stichwahl bekämpft hat, konnte sagen, wie man es anders machen könnte, und wer die Ablehnung des Stichwahlgesetzes befürwortet, der hat einfach nicht bemerkt, was es sich damals gehandelt hat! Scheidemann erklärte, über alle gestellten Anträge zur Tagesordnung zu gehen. Dieser Aufforderung folgte der Parteitag ohne Widerspruch. Der Parteitag hat sich die Meinung nicht zu eigen gemacht, die die Stichwahlkraft der Kandidaten zu sollen glauben. Der Parteitag hat die Haltung des Parteivorstandes gebilligt, die die Situation wohl entspricht.

Die Stunde tiefen Ernstes bereite die Behandlung der Arbeiterfrage durch Genossen Gue. Aus seinen Worten dieses Mannes spricht all die Qual des Kampfes, aber auch all sein Hoffen auf ein besseres Leben, was die Herzen aller Hörer. Er sprach von den unheimlichen Rassenkatastrophen, über die man aber nicht hinwegzusehen vermag, sondern die man mit aller Kraft bekämpfen muß. Er sprach von der Prostitution des Kapitals und von der Unmöglichkeit der Behörden, die auch den Kaiser jenseits der Reichsgrenzen haben, von der sozialpolitischen Unfähigkeit der kapitalistischen Parteien, besonders auch des Reiches, die Verantwortung der Vergarben zu verwalten. Er sprach von dem Verrat der sich christlich rühmenden an ihren eigenen Kameraden und er mahnte zu neuem Aufbruch. Die bisherige Sozialdemokratie hat sich nicht mehr behaupten können und ihr bestes tun, um im Schatten leben, ein lichteres Dasein zu schaffen. Der Parteitag trat ohne Diskussion den Darlegungen des Redners bei.

Der Bericht der Reichstagsfraktion erstattete die Stadthagen. Unter Hinweis auf den schriftlichen Bericht der Redner lediglich auf einigen Beispielen die Situation im Reichstage, die Unzuverlässigkeit und die Unfähigkeit der gegnerischen Parteien. Dann besprach er die Angelegenheiten, bei denen Meinungsverschiedenheiten der Fraktion hervorgerufen sind. In der Präsidentschaft der Fraktion mit großer Mehrheit sich gegen den Vorschlag der Sozialdemokratie nicht mitmachen. Eine Forderung der Regierung für Befassung von Truppen in der Provinz habe die Fraktion abgelehnt, weil es sich dabei um einen imperialistischen Bestrebungen.

Die folgende Debatte wurde auch die Frage der Sonderkonferenzen eingeleitet. Zunächst tabellierte Pöck-Berlin das Verhalten des Genossen Landsberg im Reichstage. Solcher Vorgang dürfte nicht wiederholen. Haupt-Rede brachte die Rede von der Bedeutung für die „Arbeitswilligen“ zur Sprache. Er sprach von dem ungeheuerlichen Fall der Erziehung eines unwilligen Parteigenossen durch einen arbeitswilligen Parteigenossen anknüpfte; nicht „Schutz der Arbeitswilligen“ die Lösung sein, sondern „Schutz vor Arbeitswilligen“ der Kampf sei, sondern „Schutz vor Arbeitswilligen“ erklärte, er halte es für kein Unglück, wenn ein Parteigenosse ein Parteigenosse der Arbeitswilligen beim Parteitag sei. Er forderte noch systematischer Bekämpfung des imperialistischen Bestrebens.

Der Genosse Hoch-Gancu das Wort, um einen Vorschlag zu vertreten, der, von ihm neben Stadthagen und Landberg, für die Sonderkonferenzen als unvermeidlich angesehen werden. Er wandte sich gegen die Forderung der Eisenacher Sonderkonferenz, daß der Parteitag die Rechte ihm eine Rüge erteilen mußte. Er war demüthigt, die Konferenz als ganz harmlos und lediglich als Abwehrmaßnahme gegen die Konferenzen des rechten Flügels der Partei zu betrachten. Gerade durch diese Konferenzen werde die Ge-

schlossenheit der Partei gefördert. Genosse Baron-Brandenburg befürwortete lebhaftere Bekämpfung der Klassenjustiz. Dann trat Genosse Frank-Mannheim gegen Hochs Ausführungen auf. Er betritt, daß die Süddeutschen mit den Sonderkonferenzen den Anfang gemacht hätten, aber man solle sich jetzt nicht darüber streiten, wer angefangen, sondern sich bemühen, das Uebel aus der Welt zu schaffen. Der rechte Flügel habe bereits den vielseitigen Wünschen aus den Kreisen der Parteigenossen Rechnung getragen, nun möge die Linke dasselbe tun. Mittlerweile war ein Antrag Sindermann-Brandnauer eingegangen, der die Angelegenheit dadurch zu gutem Ende führen will, daß er statt des unangängigen Verbois von Sonderkonferenzen den dringenden Wunsch des Parteitag setzt, solche Zusammenkünfte zu vermeiden. Diesem Antrag schloß sich nun sogleich auch Bebel an. Es war ein wahrhaft weiseboller Moment, als unser Senior zum ersten Male auf diesem Parteitage die Rednertribüne bestieg. Die helle Stimme, die uns so oft zu großen Kämpfen führte, sie ist noch immer voll Klang geblieben, und es waren noch durch humorvolle Liebenswürdigkeit. Zur Frage der Sonderkonferenzen, die Bebel neben anderen besprach, übte er milde Gerechtigkeit nach beiden Seiten, aber schließlich sprach er die Meinung aus, daß es gewiß das Beste wäre, wenn mit diesen Veranstaltungen ein Ende gemacht werde. Der Parteitag, der Bebel's Worten mit tiefer Spannung gelauscht hatte, dankte dem Redner mit herzlichem Beifall.

Nun haben sich die Einbringer der Resolution Hoch-Stadthagen-Wurm in der Lage, ihre Resolution zurückzuziehen und die lebhaft begrüßte Erklärung abgegeben, daß auch sie auf die Sonderkonferenzen verzichten wollen. Nach diesem Verlauf der interessanten Debatte konnte abgedrungen werden, das Schlußwort des Referenten und die Abstimmung wurden auf morgen vertagt.

## Die Budapest Kämpfe.

Durch die letzten Vorgänge im ungarischen Parlament ist die revolutionäre Energie wieder entfacht und aufs äußerste gesteigert worden. Die sozialdemokratische Partei rechnet ganz mit dem Ernst der Situation und ist entschlossen, alle Kraft und Macht der Arbeiterklasse einzusetzen für die Rettung des parlamentarischen Regimes. Daß es dabei zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der herrschenden Macht kommen wird und kommen muß, darüber war man sich von vornherein klar. Die Regierung und die Gendarmen sind nach Budapest gezogen, die Gendarmen konzentriert und die Polizeimannschaften befinden sich ununterbrochen im Dienst. Auch darin prägt sich der Kriegszustand aus, daß die Regierung den Nachrichtenendienst überwachen läßt. Es ist nicht möglich, telephonisch und telegraphisch etwas über die Absichten der Opposition weiterzugeben, ohne daß die Polizei davon Kenntnis erlangt. Bald genug wird vielleicht auch der Briefdienst solcher Überwachung ausgesetzt. Die Opposition und insbesondere die Leitung der Arbeiterpartei werden sich natürlich auch dadurch nicht abhalten lassen, den Kampf fortzuführen. Die Verhandlungen lagen in Verhinderung.

Ueber die für Mittwoch abend angelegte Demonstration der Arbeiterpartei und der Studentenschaft wird uns aus Budapest berichtet:

Die Maßregeln der Polizei konnten die Demonstration nicht verhindern. Bei Anbruch der Dunkelheit um 6 Uhr abends besetzten Aufmarschstraßen sämtliche Verkehrsstraßen und Knotenpunkte der Stadt. Zahlreiche Gendarmenpatrouillen und Polizeimannschaften postierten sich auf den Straßen. Die gesamten Rettungsmannschaften, 8 Ambulanzwagen, 4 Autos mit 60 Doktoren und Helfern, erreichten ihre Verbandstationen auf offener Straße, und alles war bereit, die Demonstranten zu empfangen. Bis 7 Uhr abends regte sich in den Straßen zu sammeln. Die Taktik der Arbeiter war heute eine ganz andere und so kam es, daß trotz der rüstigen Vorbereitungen der Polizei die Demonstration vollkommen gelang. Die Polizei hatte den inneren Stadtbereich zu verhindern gesucht. Dies konnte jedoch die Polizei nicht durchführen. Während die Gendarmen- und Polizeipatrouillen in die inneren Stadtteile vorrückten, zog ein Krupp Arbeiter vor das Lokal der Opposition und begann dort Hochrufe auf die Opposition auszubringen. Sofort fürmte die Polizei, ohne nur den Versuch zum Ausweichen zu erlauben, auf die Demonstranten und vertrieb dieselben. Nach kurzer Gegenwehr gelang dies auch. Damit glaubte die Polizei der Demonstration ein Ende bereitet zu haben. Inzwischen zog sich jedoch, das Gros der Arbeiter nach der Elisabethstraße, dem verkehrsreichsten Stadtteil der Hauptstadt. Die eiserernen Wagen wurden mit Steinen beworfen, ausgehoben und in einem Moment war der ganze Straßenbahnverkehr eingestellt. Sozialisten wurden verdrängt, und um 9 Uhr abends war dieses Stadtviertel vollständig frei. Nun begann der Kampf zwischen Militär, Gendarmen und Polizei einerseits und der Arbeiterpartei andererseits. 32 Verwundete, darunter ein Polizist, liegen im Krankenhaus. Hunderte von Reichthümern wurden von den Samaritanen verbunden, jedoch befinden sie sich in häuslicher Pflege. Ein Polizist wurde beinahe totgeschlagen und befindet sich ebenfalls unter den Schwerverwundeten im Spital. Zur selben Zeit wurde unter den Demonstranten ein Flugblatt der sozialdemokratischen Partei verteilt, worin dieselben aufmerksam gemacht wurden, daß das morgige

Parteitag die weiteren Verordnungen, wie sich die Arbeiter für Donnerstag abend zu verhalten haben, bringen werde. Erst nach 10 Uhr gelang es dem rüstigen Aufgebot von Militär und Polizei, die Rüge herzustellen.

Bemerkenswert ist es, daß das amtliche Organ der Regierung, der Pesther Lloyd, in seiner Donnerstag-Ausgabe an erster Stelle betont, daß es sich wieder einmal gezeigt habe, daß die gesamte Heermacht in Budapest nicht imstande war, die Demonstration der Sozialdemokratie zu verhindern.

Die Donnerstag-Nummer des deutschen Organs, der Volksstimme, wurde konfisziert. An der Spitze dieses Blattes befindet sich ein Aufruf, in dem gesagt wird, daß die Arbeiterpartei die Gesetze nicht zu respektieren braucht und zu derselben Zeit, wo die Opposition im Reichstage gesetzwidrig behandelt wird, die Arbeiterpartei vollkommen berechtigt sei, auf gesetzwidriger Basis die Ehre der Nation zu retten.

Neben der Arbeiterdemonstration ging eine Demonstration der Studenten einher. Bei den Studenten befanden sich auch oppositionelle Abgeordnete, die Ansprachen hielten. Ein ehemaliger Staatssekretär im Handelsministerium erklärte, Lufacs habe gegen die zehn Gebote gesündigt, insbesondere habe er gegen das Gebot verstoßen: Du sollst nicht stehlen! Der Staatssekretär klagte den Ministerpräsidenten öffentlich an, daß er gestohlen, auf Kosten des Staates sich bereichert habe und daß mit solchen Männern nicht öffentlich verkehrt werden könne. — Die Opposition gab auch ein Flugblatt heraus, das mit dem Titel Lufacs' „geheert“ ist und in dem so schwere ehrenrührige Vorwürfe gegen Lufacs erhoben werden, daß, wie es heißt, in keinem gestifteten Lande der Welt ein solcher Mann eine öffentliche Stelle einnehmen dürfte. Das Regierungsorgan kündigt an, daß es künftig keine Parlamentsberichte mehr bringen werde, um Ungarn nicht vor dem Ausland bloßzustellen.

Budapest, 20. September. Ullrichen ungarischen Abgeordneten fanden gestern aus Anlaß der Schlägereien im Abgeordnetenhaus zwei Duelle statt. Der oppositionelle Abgeordnete Best beschuldigte den Ministerpräsidenten v. Lufacs, vier Millionen Staatsgelder zu veruntreuen zu haben.

## Deutsches Reich.

Polizeibeamte und Unternehmervorgänge.

Der preussische Minister des Innern hat den Polizeibehörden einen neuen Erlaß über Beamten-Schmiergelder zugehen lassen. Die nachfolgenden Ausführungen in diesem Erlaß lassen auf ganz bedenkliche Zustände schließen:

Des weitern muß es, wie bereits im Eingangsfall wiederholt betont worden ist, als unzulässig erachtet werden, zu genehmigen, daß für Polizeibeamte, die anlässlich von Strafverfolgungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder zum Schutze von Arbeitgebern oder von Arbeitswilligen herangezogen sind, von den beteiligten Unternehmern Geldgeschenke oder andere Vorteile, ein freies Quartier, sowie Verpflegung usw. gewährt werden. Ich unterlasse es, an dieser Stelle auf andere, nicht minder bedenkliche Formen von Zuwendungen an Beamte näher einzugehen, nehme aber Veranlassung, auf die in dem Rundschreiben vom 21. November 1901 dargelegten Grundsätze wiederholt hinzuweisen und deren strenge Beachtung in Erinnerung zu bringen.

Aus dem Erlaß geht hervor, daß Fälle vorgekommen sind, in denen Polizeibeamte Zuwendungen von Unternehmern erhalten haben, denn sonst hätte der Minister zu seinen Bemerkungen keinen Anlaß. Man hat häufig beobachtet können, daß Polizeibeamte beim Schutze der Leben Arbeitswilligen einen ganz außerordentlichen Eifer entfalteten, während sie gegenüber diesen nützlichen Elementen selbst sehr reichlich nachsichtig und Milde walten ließen. Sollte das Verhalten der Beamten nicht manchmal darauf zurückzuführen sein, daß sie glauben, sich gefälligen Unternehmern erkenntlich zeigen zu müssen!

Das Hertling-Interdikt.

Die alte Geschichte: Interviewer verstehen falsch und nachher hat der Ausgefragte seine liebe Not, alles wieder in die Reihe zu bringen. Vor wenigen Tagen veröffentlichte das V. A. den Inhalt einer politischen Unterredung, die einer seiner Mitarbeiter mit dem bayerischen Ministerpräsidenten gehabt hatte. Was Herr v. Hertling dem Journalisten und damit der Öffentlichkeit zu unterbreiten hatte, war nicht gerade weiterführend, immerhin wußte der Ausfrager von einigen Äußerungen zu berichten, die sich nicht ganz auf der Linie der offiziellen Zentrumpolitik hielten, und die Folge war, daß die liberalen Blätter, denen natürlich schon die Mitteilungsfreudigkeit gegenüber dem Vertreter eines freisinnigen Organs nicht paßte, die Sache totschwiegen. Dieser Umstand hat den Minister wohl stutzig gemacht und ihn bewegen, „Rückverständnisse“ auf seinen Besuch festzustellen. Er ist, wie die offizielle Münchner Korrespondenz feststellt, durchaus nicht bereit, bayerische Souveränität aufzugeben, um dadurch die Einigung des Reiches zu festigen, er steht in bezug auf die Reichsnot durchaus auf dem Standpunkt seines Kollegen, des Freiherrn v. Soden, und als irrtümlich erweist es sich fernar, wenn der Korrespondent des Berliner Tageblattes den Ministerpräsidenten sagen ließ, die